

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/54

Bonn, den 17. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	<u>Neuer Auftrag für die Bundeswehr ?</u>	132

Sicherheitspolitik und Finanznot

Von Willi Berkhan, MdB

4 - 5	<u>Den "rechten" Catchern ins Stammbuch !</u>	78
-------	---	----

SFD-Dokumentation über den Rechtsradikalismus

Von Dr. Karl-Heinz Brenhaus

ANHANG

1 - 3	<u>Wir brauchen den Dialog</u>	120
-------	--------------------------------	-----

Begegnung zwischen christlichen und sozialistischen Buchhändlern  
in Bad Sulzburg

Von Ernst Günther Klein

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheldtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8686890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

## Neuer Auftrag für die Bundeswehr ?

### Sicherheitspolitik und Finanznot

Von Willi Berkhan, MdB

Derzeit stehen die Auseinandersetzungen und Diskussionen um den Atomsperrvertrag im Vordergrund, dabei wird meist übersehen, daß in Kürze eine weitere wesentliche Entscheidung zur Sicherheitspolitik ansteht, deren Bedeutung ganz sicher nicht geringer wiegt. Während der letzten NATO-Ministerratssitzung in Paris Mitte Dezember erreichte Bundesaußenminister Willy Brandt, daß eine verbindliche Beschlussfassung über die militärische Verteidigungsplanung der NATO und die dafür einzusetzende Zahl der Streitkräfte für 1968 bis 1972 erst auf der Frühjahrssitzung des "Komitees für Verteidigungsplanung" verabschiedet wird. Dem Ministerrat der NATO liegt sie dann zur endgültigen Entscheidung erst bei seiner nächsten, voraussichtlich im Mai stattfindenden Sitzung vor.

Jetzt bemühen sich im Militärausschuß der NATO die Delegierten der nationalen General- und Führungsstäbe und auch der internationale Planungsstab der Organisation, eine tragfähige Arbeitsgrundlage hierfür zu schaffen.

Naturngemäß brauchen sie dabei eine verbindliche deutsche Stellungnahme. Nur wenn diese rechtzeitig vorliegt, wird es möglich sein, die Ansichten der neuen Bundesregierung und die deutschen Interessen ausreichend zur Geltung zu bringen. Dabei handelt es sich bei den kommenden Entscheidungen nicht nur um die Festlegung der zukünftigen Zahl deutscher Soldaten, sondern auch um den zukünftigen Auftrag der Bundeswehr um Richtlinien über ihre Organisation und zweckmäßige Bewaffnung.

Erinnern wir uns: Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara warnte auf der NATO-Ratstagung im Dezember 1966 die europäischen Verbündeten vor dem "Glauben an die universelle Abschreckungswirkung der Nuklearwaffen" und beschwor sie, von dem Irrglauben abzulassen, daß man "eine glaubwürdige Abschreckung mit einer unglaubwürdigen Aktion" erreichen könne, indem man schon bei begrenzten Konflikten Nuklearwaffen für den Einsatz vorsehe. Er zielte offenbar auf eine zurückgezogene Reservestellung für alle atomaren Waffen hin und will sie in möglichen Konfliktfällen erst spät für einen Einsatz vorsehen.

### Strategische Vorstellungen

Gleichzeitig zeichnet sich in den amerikanischen strategischen Vorstellungen die Absicht zu einer distanzierteren Verteidigungskonzeption ab. Zentralstrategische Einsatzreserven werden für eine schnelle Krisenintervention vorgesehen. Interkontinentale Großraum-Lufttransportmittel sollen diese amerikanischen Eingreifreserven schnell in Zonen krisenhafter Spannungen bringen können. Damit würde eine Herabsetzung der Zahl der gegenwärtig in anderen Ländern stehenden USA-Truppen ermöglicht. Es besteht kein Zweifel, die englischen Absichten über eine Verringerung ihrer Rheinarmee sind ähnlich gelagert.

In welcher Weise wirken sich nun solche Absichten auf unsere deutsche Verteidigungspolitik aus, und was können wir tun, um in der NATO-Verteidigungsplanung 1968/72 unsere Interessen ausreichend durchzusetzen?

Zunächst einmal sollte unsere Verteidigungspolitik sich auf konventionellen Kampfeinsatz in einer begrenzten Auseinandersetzung ohne schnelleren Rückgriff auf atomare Gefechtsfeldwaffen einstellen; d.h. wir sollten das Prinzip der Arbeitsteilung anwenden. Würde doch schon der Bundeswehranteil am nuklearen Gegenschlag gemindert, das kann nicht ohne Auswirkungen auf die Art ihrer Bewaffnung und Struktur bleiben.

Zukünftige Ausrüstungsprogramme sollten die konventionelle Abwehr eines mit konventionellen Offensivwaffen ausgerüsteten Gegners d.h. Panzerabwehr und Flugabwehr zum Hauptinhalt haben. Die beweglichen Einheiten der aktiven Truppe haben dabei ihre Ergänzung zu finden durch eine sie entlastende und unterstützende Territorialverteidigung, die sich vorwiegend auf die vorhandenen Reservisten stützt. Was sollten diese Reservisten denn sonst?

Gleichzeitig hat die Konzeption den wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Helmut Schmidt hat in einem Artikel zur Jahreswende betont, daß in den nächsten Jahren eher mit einem stagnierenden als mit einem steigenden Verteidigungshaushalt zu rechnen sei. Angesichts unserer derzeitigen Lage wird man das kaum bezweifeln können.

#### Unser Verteidigungshaushalt

Der gegenwärtige Verteidigungshaushalt beträgt 18,222 Milliarden DM (plus Sonderausgaben 1967 von 675 Millionen DM für den Devisenausgleich). Die Bundeswehr kann in den nächsten Jahren somit eine Summe von rund 18 Milliarden DM als Durchschnittsbetrag in ihre Planung einsetzen.

Wahrscheinlich können wir im Laufe der Jahre durch moderne Organisations- und Arbeitsverfahren die Unterhaltungskosten für die Bundeswehr und durch rationelles Management die Kosten bei Planung und Beschaffung herabdrücken. Nichtsdestoweniger wird dies nur zu Verlagerungen innerhalb des Verteidigungshaushaltes und nicht zu einer radikalen Herabsetzung führen. Erinnern wir uns, der entscheidende Anteil sind die Betriebskosten. Sie erfordern mehr als 65 Prozent. Die Beträge für Ausrüstung betragen 1967 (ohne Devisenausgleich) vier Milliarden, d.h. etwa 22 Prozent des Verteidigungshaushaltes. Der Rest ist für Unterbringung und Wohnungsbau verplant. Die hohen Betriebskosten sind begründet in der Unterhaltung eines Personalstandes von 460 000 Soldaten, 165 000 Zivilbeschäftigten sowie Wartung und Ersatz der komplizierten technischen Waffensysteme.

#### Folgen für die Bundeswehr

Der geringe Anteil der Ausrüstungsinvestitionen droht aber die Armee schnell veralten zu lassen, setzt damit ihre tatsächliche Kampfkraft herab und macht die Planung einer mit den Verbündeten abzustimmenden Verteidigungsneukonzeption für die Jahre 1967/72 schwierig. Eventuell durch Rationalisierung freiwerdende Beträge sollten darüber hinaus auch der militärischen Forschung und Entwicklung zufließen, die geeignet ist, manche Impulse mit hohen volkswirtschaftlichen Effekt an den zivilen Bereich abzugeben.

Aber der Weg zu höherer Kosteneffektivität wird nicht der einzi-

ge sein, den wir für die Bundeswehr beschreiten müssen. Der größte und ständig noch anwachsende Posten bleibt im Verteidigungshaushalt der Personaletat mit all seinen Folgekosten.

Schon jetzt hat man sich daher zu dem Entschluß durchgerungen, die Zahl der Soldaten - entgegen den Planungen für 1967 - auf dem Stand von 1966 einzufrieren zu lassen. Es bleibt aber zu untersuchen, ob hier nicht sogar zwangsläufig weitergegangen werden muß nach dem Motto: kleiner aber höherwertiger.

Die Notwendigkeit zahlenmäßiger Konsequenzen in der absoluten Truppenstärke ergibt sich am besten, wenn kurz auf die Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen für eine vorläufige mehrjährige Finanzplanung des Bundes bis 1970 zurückgegriffen wird, die in den Verhandlungen zur Bildung der großen Koalition eine bedeutsame Rolle spielten. Dort wurde für die Bundeswehr ein Ausgabebedarf ermittelt, der auf dem gültigen Ausbauplan für die Bundeswehr bis 1970 beruhte und eine Endstärke von 508 000 Mann berücksichtigte

Nach diesen Berechnungen sollte der Verteidigungsetat bereits 1968 20,875 Milliarden erreichen und über 22,30 Milliarden 1969, auf 22,810 im Jahre 1970 ansteigen. Dabei waren die Hauptbeträge für den Personalaufwand vorgesehen, während die allgemeinen und einmaligen Ausgaben sich nur um 638,6 Millionen gegenüber 1967 erhöhen sollten.

#### Polemik hilft nicht weiter

Angesichts dieser Situation muß die Debatte über Fragen der Strategie und Verteidigungskonzeption von allen Verantwortlichen miteinander ernsthaft und ohne Polemik geführt werden. Die Bundesregierung und der verantwortliche Bundesminister müssen ihre Vorstellungen vor dem Bundestag und der Öffentlichkeit schon bald zur Diskussion stellen. Im Hinblick auf die im Rahmen der NATO in Kürze fälligen Entscheidungen über Verteidigungsplanung und die notwendigen Streitkräfteziele 1968 bis 1972 ist ein Aufschub nicht möglich. Die Vorschläge der Bundesrepublik sollten dabei auf eine Armee abzielen, die - in ihrer Organisation und Struktur so defensiv wie möglich - als sicherheitspolitische Komponente unserer Entspannungspolitik dienen kann. Zugleich muß sie den realen, finanziellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unseres Staates entsprechen und den vorhandenen Etaträumen mit größter Effektivität ausfüllen.

Den "rechten" Catchern ins Stammbuch !

---

SPD-Dokumentation über den Rechtsradikalismus

Von Dr. Karl-Heinz Drenhaus

1933 trieb uns der Nationalsozialismus mit kräftiger Unterstützung eines chauvinistisch geprägten Nationalismus in die Katastrophe. Das Ende dieses Experiments sollte eigentlich jedermann bekannt sein: Die Zerstörung der Demokratie, die Entfesselung eines mörderischen Weltkrieges und ein in der Geschichte vorbildloser Zusammenbruch des Reiches, dazu die Zerreißung der Nation.

Trotz allem überlebte eine geringe Zahl Unbelehrter, pflegte die Ideologien der für "1 000 Jahre" deutscher Geschichte Verantwortlichen und übte Parteigründung, Parteispaltung und "nationale Sammlung".

Die Versuche der NS-Machthaber, das deutsche Volk ideologisch zu indoctrinieren, scheinen indes wenig Erfolg gehabt zu haben. Die ganze "1 000-jährige" Großartigkeit zerstoß 1945 zu einem Nichts. Die Zeit scheint allerdings auch die entsetzlichsten Erfahrungen eines Volkes sehr schnell in Vergessenheit geraten lassen.

1964 bildete sich eine neue "Bewegung", in der Staatsverdrossenheit und politische Wirrköpfigkeit wieder ein wenig Wind in die Standarten der ewig Gestrigen blies.

Die NPD errang für die extreme "Rechte" bei den Hessen- und Bayernwahlen immerhin einen Achtungserfolg und brachte dafür das deutsche Ansehen in der Welt aber um einen Teil seines Kredits.

Wenngleich die wirklichen Zahlenrelationen - über 92 Prozent wählten demokratisch - zur Hysterie keinen Anlaß boten, kursierten im In- und Ausland doch überstiegene Erfolgsmutmaßungen und veranlaßten die neuen "Führer" dazu, ein wahnwitziges Selbstbewußtsein zu entwickeln und zu demonstrieren.

Die in Aussicht stehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz waren so recht geeignet, den ebenso biederem wie unpolitischen Bürgern das Gruseln zu lehren.

Die zynischen Bemerkungen eines Herrn Goebbels aus dem Jahre 1930, daß es einer der besten Witze der Demokratie bleibe, ihren Todfeinden die Mittel selber zu stellen, durch die sie vernichtet würde, und daß sich aus der demokratischen Dummheit verwerflich Kapital schlagen ließe, schienen wieder aktuell zu werden.

Nun kennt zwar das Grundgesetz die Möglichkeit, dem demokratischen Selbstmord durch ein Verbot antidemokratischer Parteien zu begegnen. Doch haben die Sozialdemokraten dies nie für der Weisheit letzten Schluß gehalten, sondern vorgezogen, durch geistige und politische Auseinandersetzungen mit dem Staatsbürger - gewiß in tieferer Übereinstimmung mit der demokratischen Idee selbst - einem sol-

chen Geschehen von vornherein den Boden zu entziehen. Dieser Grundüberzeugung entspricht sie durchaus, wenn sie der Öffentlichkeit eine Dokumentation vorlegt, die es jedem Demokraten ermöglicht, ohne Selbstbeschönigung und an Hand nüchternen, zeitgeschichtlich gesicherter Forschungsergebnisse die Hohlheit rechtsradikaler Ideologien zu entlarven.

Die besten Witze indes macht die Wirklichkeit selbst: Genau zum gleichen Zeitpunkt, in dem die deutsche Sozialdemokratie die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem rechtsradikalen Widersinn forcierte und die Zeichen der Zeit ein weiteres Vordringen der Extremisten anzukündigen schienen, brachen in deren Führungskreis Streitigkeiten und Gegensätze in einem solchen Umfange aus, daß der Bestand der gesamten Partei gefährdet erscheint.

Wenn nicht alles täuscht, werden sich sogar die Gerichte um diese "rechte" Affäre zu kümmern haben.

Doch so unvorhergesehen und plötzlich die MPD-Krise eintrat, so bestätigt sie im Grunde genommen doch nur die sozialdemokratische Grundüberzeugung.

Es mag schockieren, aber es ist unendlich gleichgültig, ob aus jener Krise die "Gemäßigten", die "Radikalen" oder die "Parteiinheit" als Sieger hervorgehen. Deutlicher als je zuvor wird die Aufgabe der geistigen Überwindung jener Ideologismen, die uns schon einmal in den Abgrund stürzten.

So gesehen gewinnt die Dokumentation über den Rechtsradikalismus weit über den Rahmen der SPD hinaus an Bedeutung.

Ohne Hysterie, ohne Scheu vor Tabus, nüchtern und sachlich befaßt sie sich mit Fragen wie denen des Nationalismus, der Kriegsschuld, der Kriegsverbrecherprozesse, der Bundeswehr, der Entwicklungshilfe, des Fremdenhasses, der Gastarbeiter, der Kollektivschuld, der Kollektivscham und Entnazifizierung wie der Demokratie, des Grundgesetzes und der Meinungsfreiheit selbst.

Die angebliche Unausweichlichkeit der Machtergreifung Hitlers wird ebenso wenig vergessen wie das Trauma Versailles.

Über die Notwendigkeit der Vergangenheitbewältigung wird seit dem Zusammenbruch sehr viel geredet. Ob auch immer genug und immer das richtige getan wird und wurde, mag zu fragen erlaubt sein.

Wer es ernst damit meint, sollte sich die genannte Dokumentation einmal ansehen. Dem aufrichtigen Wunsch, an deren Weiterentwicklung mitzuarbeiten, ist sicherlich keine Grenze gesetzt.

## Wir brauchen den Dialog

Begegnung zwischen christlichen und sozialistischen Buchhändlern  
in Bad Sulzburg

Von Ernst Günther Klein

Wo immer sich die Gelegenheit bietet, in geistiger Freiheit einen Dialog zu führen, sollte man sie wahrnehmen, um seinen eigenen Standpunkt zu orten und gemeinsame Möglichkeiten zu erschließen, der demokratischen Gesinnung zu dienen.

Die pluralistische Gesellschaft braucht solche Dialoge, will sie nicht Gefahr laufen, einzuschlagen vor Saturiertheit und Selbstgefälligkeit.

Eine solche Begegnung, wie sie in der vergangenen Woche auf Initiative des Herder-Verlages in Bad Sulzburg zwischen christlichen und sozialistischen Buchhändlern stattgefunden hat, würde vor wenigen Jahrzehnten wohl noch als "umstürzlerisch", wenn nicht gar als "frevelhaft" von der einen und als "Verrat an der Gesinnung" von der anderen Seite bezeichnet worden sein. Hier und heute sind jedoch neue Zeichen gesetzt.

"Wir möchten mit Ihnen unsere Situation vor den Problemen der Zeit neu überdenken", erklärte freimütig der Gastgeber, Dr. Hermann Herder, in seiner Begrüßung vor etwa vierzig Teilnehmern.

In seinem Dank für solch hochherzige Einladung bestätigte Verleger Gustav Schmidt-Küster, Sprecher der Gruppe sozialistischer Buchhändler und Verleger, daß ganz gewiß aus solchen Dialogen, wie sie in Bad Sulzburg geführt würden, schöpferische Ideen zu aller Nutzen entwickelt werden könnten.

Nach einem Referat über die "Geschichte des christlichen und sozialistischen Buchhandels" von Dr. Walter Kumpmann (Herder-Verlag) nahmen nebeneinander Platz am Referententisch: Professor Dr. Oswald von Nell-Breuning (Ordensgeistlicher und Dozent für Sozialwissenschaft der philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt-Oberrad) und Hermann Weber (Wirtschafts-Hochschule Mannheim), als Vertreter der sozialistischen Gästegruppe. Beide Referenten beleuchteten aus ihrer Sicht das Thema "Der Kampf um die soziale Gerechtigkeit in Vergangenheit und Gegenwart". Hermann Weber explizierte mit wohlfundierter Sachkenntnis jenen zähen Kampf vornehmlich der Industriearbeiter um die Änderung der Gesellschaft, die Aufhebung der Klassen - gestützt auf die Ideen von Karl Marx und die Interpretationen Lassalles - mit dem Nachweis, daß die sozialistische Bewegung zugleich auch die zwingende Forderung nach der Reform des Bildungswesens enthält. Weber stellte in scharfer Konturierung die Unterschiede fest zwischen

dem in der Sowjetunion praktizierten Marxismus-Leninismus und der Entwicklung des Sozialismus in der westlichen Hemisphäre.

Professor Dr. von Nell-Breuning ging von dem angeblichen Trugschluß aus, daß auf den ersten Blick wohl Sozialismus und Christentum antithetisch erscheinen. Er zeigte Differenzierungen und Kommunikationen in der Auffassung vom humanitären Menschenbild und die Mittel, soziale Ziele gemeinsam verwirklichen zu können. "Wir müssen bekennen, daß uns (der Kirche) gerade der Atheist Karl Marx den Star gestochen hat..." In der Auseinandersetzung um die - wenngleich recht spät erkannten - sozialen Ziele, habe man sich darauf besonnen, daß sie zuweilen nur mit dem Druck gewisser Machtmittel zu erreichen seien.

- \* "Ich bin nicht maliziös, wenn ich sage, daß wir das Gottesberger Programm nicht als Heuchelei bezeichnen. Ich unterschreibe, was Willi Eichler gesagt hat..."

Nach den Referaten, die der Klärung von Fragen grundsätzlicher Art dienlich waren, lieferte Karl Anders mit dem Thema "Bildungsvorstellungen für die Zukunft" einen wesentlichen Beitrag zur Gesprächsvertiefung auf gemeinschaftlicher Ebene.

Die Forderung der arbeitenden Menschen, Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten zu erhalten - erhoben von den geistigen Führern der französischen Revolution, den Männern der Paulskirche, den Vertretern der Arbeiterbewegung - habe seinerzeit als eine der unverschämtesten gegolten. Das Begehren erfüllte sich nur Schritt um Schritt, und es bestעה in gleichem Maße auch heute in der pluralistischen Gesellschaft ungeschmälert weiter. Immer deutlicher aber zeichneten sich entscheidende Möglichkeiten zur Verwirklichung ab. Mit Besorgnis aber stellte Karl Anders heraus, wie groß zum Beispiel auch heute noch das politische Analphabetentum in Deutschland sei. Und eben aus diesem Grund müsse es die allgemeine, zwingende Aufgabe sein, den mündigen, orientierten Staatsbürger heranzubilden. Schon bei den bestehenden Schulsystemen - Relikte des Ständestaates - gelte es, mit der Reform und in gleichem Zuge mit der gründlichen Revision der unzulänglichen Schulbücher zu beginnen.

Die Freude am Lesen, die Freundschaft zum Buch - das sei es, was vorrangig den Pädagogen und der politischen Bildungsarbeit vorbehalten bleibe, denn "Bücher sind das Gedächtnis der Völker". Nur, wenn wir exakt wissen - so folgerte Karl Anders -, was gestern war, werden wir die Zukunft gestalten können, soweit es in unserer Möglichkeit liegt.

Ist - wie Professor Dr. von Nell-Breuning definierte - die menschliche Gesellschaft ein Nutzeffekt, führte Karl Neuren



(Präsident der Internationalen Buchhändlervereinigung) die Tendenz der Diskutierenden zum ideologischen Höhenflug auf den harten Boden der Alltagsgegebenheiten eines Buchhändlers zurück. Heute wie früher sei und bleibe ideologisches Sendungsbewußtsein eines auch noch so versierten Buchhändlers reine Privatsache.

In aufrichtiger Selbstkritik bedauerte Kurt Meurer, daß in dem bereits erwähnten Godesberger Programm das Wort 'Buch' völlig fehle und folgerte daraus die Notwendigkeit, daß es sehr an der Zeit sei, ein für alle deutschen Buchhändler gültiges, durchführbares gemeinsames Aktionsprogramm zu erarbeiten. In den sogenannten sozialistischen Buchhandlungen solle eine ökonomische Ecke ebenso zu finden sein, wie in den christlichen Buchhandlungen eine sozialistische.

Nicht allein an diejenigen, die durch den Friedenspreis des deutschen Buchhandels geehrt werden, sondern vor allen auch an alle jene, die sich durch die Stiftung mit der Ehrung identifizieren, sind hohe Ansprüche im Handeln und Wirken gestellt.

Dr. Ludwig Math (Herder-Verlag) wies in aller Eindringlichkeit darauf hin, daß ein solcher Friedenspreis seinen Sinn verlieren und für niemanden mehr eine Ehrung bedeuten würde, wenn der deutsche Buchhandel den selbst gestellten Ansprüchen oder die übernommenen Verpflichtungen nicht mehr einlösen könne: "Die Maßstäbe, nach denen gemessen wird, sind hoch, aber wir haben sie selbst gesetzt."

Es ließe sich die geistige Landschaft gewiß zum Positiven hin verändern, würden sich Verleger wie Buchhändler bewußt unter den Anspruch des Friedenspreises stellen. Dazu aber sei es notwendig, die Tür zum gegenseitigen Verständnis noch weiter aufzustoßen. Es sei an der Zeit, sich Gedanken über so etwas wie eine buchhändlerische Nachbarschaftshilfe zu machen. Das aber zu verwirklichen, bedürfe es, sich jener übernommenen Formeln zu entledigen, die doch nur den Blick in die Umwelt verstellen würden.

In der anschließenden Aussprache über das mit allseitiger, großer Übereinstimmung aufgenommene Referat wurde ein Verzeichnis-Austausch und ein eventueller Ring-Austausch junger Buchhändler vorgeschlagen.